„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Ueberproduktion oder nicht?

Wenn dem Farmer durch schöne Reden, fein ausgeklügelte Resolutionen, flammende Proteste und glänzende Wahlversprechungen geholfen werden könnte, wäre ihm schon längst geholfen. Unter den Vorschlägen, die in den letzten Monaten zur Besserung der Lage unserer Farmwirtschaft wie Pilze aus dem Boden schossen, hat einer besonders weitgehende Beachtung gefunden. In den Ver. Staaten wie in Canada wird von amtlichen und nichtamtlichen Stellen häufig die Ueberproduktion als die Ursache des ganzen Uebels hingestellt. Man geht mit der Behauptung hausieren, der Farmer erzeuge zuviel Weizen. Folglich müsse die Weizenanbaufläche bedeutend beschnitten werden.

Man müßte zuerst von weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus die Frage untersuchen, ob denn wirklich zuviel Weizen produziert wird. Oder ist die Schuld für die Absatzschwierigkeiten und für das Sinken des Preises anderen Faktoren zuzuschreiben? Jeder, der ein klein wenig in den asiatischen Verhältnissen Bescheid weiß, muß zugeben, daß die oft so wunderschön klingenden Berichte über die zunehmende Bedeutung und Aufnahmefähigkeit des japanischen und chinesischen Marktes gewaltig übertrieben sind. Es handelt sich bei solchen optimistischen Meldungen wohl in der Regel um künstliche Stimmungsmache interessierter Kreise oder solcher Persönlichkeiten, die einmal eine „Geschäftsreise" nach dem „Orient" unternehmen und ihren Auftraggebern gegenüber eine plausible Begründung zu finden suchen. Tatsache ist, daß Canadas Weizenhandel voraussichtlich noch auf lange Zeit von Europa abhängig sein und bleiben wird. Sind die gewaltigen Volksmassen in europäischen Ländern wie Großbritannien, Deutschland, Italien usw. nicht kaufkräftig genug, sind europäische Regierungen infolge ihrer Verpflichtung zur Zahlung von Reparationen oder Kriegsschulden gezwungen, auf der einen Seite horrende Steuern den Bodenbesitzern aufzulegen und auf der andern Seite die Bauern gegen eine preisdrückende Konkurrenz des Auslandes zu schützen, so kann keine Hoffnung auf einen besseren Absatz des canadischen Weizens aufkeimen.

Ein Deutschcanadier, der gegenwärtig in Deutschland sich aufhält und dort regelmäßig an Hand des „Courier" die Ereignisse in Canada verfolgt, schreibt uns soeben:

„Auf Besserung ist wohl nicht eher zu hoffen, als bis das ganze gegenwärtige Tribut- und Schuldensystem einer gründlichen Revision im Sinne des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht unterworfen wird. Ich habe viel darüber gelesen und studiert und glaube wirklich fest daran, daß die Reparationsfrage das Grundübel der jetzigen Weltkrisis ist."

Durch die deutschen Reparationszahlungen, die jeder moralischen Begründung entbehren, weil sie auf dem erpreßten Schuldbekenntnis und dem willkürlichen Diktat von Versailles beruhen, ist das internationale Wirtschaftsleben in Unordnung geraten. Solange die Reparationen mit Hilfe amerikanischer Anleihen, die nach Deutschland flossen, bezahlt wurden, machten sich die schlimmen Folgeerscheinungen noch nicht so unmittelbar und so bedenklich bemerkbar. Seitdem man aber deutscherseits darauf bedacht ist, die Reparationen ohne neue Auslandsschulden aus den Steuern und Zöllen sowie aus den Ausfuhrgewinnen zu decken, mußte eine strikte Sparpolitik einsetzen. Mancher Canadier könnte versucht sein, die Frage zu stellen: Was geht das unsere Weizenfarmer an? Die Antwort darauf ist kurz und bündig: Wenn ein 65 Millionen-Volk gezwungen ist, zum Schutze der Steuerkraft seiner eigenen Landwirtschaft die Weizenzufuhren auf ein Mindestmaß zu beschränken, so ist gewiß der canadische Farmer einer von den Leidtragenden. Wie gerne würde man vielleicht in Deutschland canadischen Weizen in größeren Quantitäten abnehmen, wenn der Kampf um die Existenz der deutschen Landwirtschaft infolge der wahnsinnig hohen und ungerechten Tributlasten nicht so bitter schwer wäre! So aber muß die Einfuhr beschnitten und die Ausfuhr mit allen Mitteln gesteigert werden, um die Reparationen bezahlen zu können, die in gewissen europäischen Staaten wie Frankreich letzten Endes doch nur zum Aufbau eines gigantischen Militärsystems und zur Züchtung eines neuen „Militarismus" Verwendung finden.

Wenn ein so lebenswichtiger Teil des europäischen Wirtschaftsorganismus wie Deutschland mit einem 65 Millionen-Volk unter ungesunden, weil unvernünftig geregelten Reparationsverpflichtungen leidet, muß bei der heutigen internationalen Verflechtung der Wirtschaftsbeziehungen dies auch auf andere Länder rückwirken. Großbritannien, Italien usw. fühlen die ganze Schwere dieser ungeordneten Verhältnisse und müssen wahrnehmen, daß die Kaufkraft ihrer Volksmassen bedeutend geschwächt ist.

Die Frage ist also wohl berechtigt: Besteht tatsächlich eine Ueberproduktion? Oder entsteht nur deswegen der Eindruck und die Vorstellung einer Ueberproduktion, weil die europäischen Millionenvölker nicht kaufkräftig und kauflustig genug sind, sodaß die Nachfrage hinter dem Angebot zu weit zurückbleibt?

Es wäre wohl der Mühe wert, daß unsere canadischen Farmerorganisationen und andere Körperschaften, die am Wohl und Wege des Farmerstandes interessiert sein sollten, die Frage der Ueberproduktion von dem hier angedeuteten Gesichtswinkel aus gründlich studieren würden. Gelangt man zu der Ueberzeugung, daß die Reparations- und Kriegsschuldenfrage das Grundübel der gegenwärtigen Weltkrisis ist, unter der wir in Canada so schwer leiden, dann sollte die canadische Regierung in Ottawa energisch darum ersucht werden, auf eine gründliche Revision mit allen politischen und diplomatischen Mitteln hinzuwirken oder wenigstens derartige Revisionsbewegungen zu unterstützen. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, den man ruhig als eine international bekannte Autorität auf dem Gebiete der Reparations- und Kriegsschuldenfrage bezeichnen kann, hat in den Vereinigten Staaten seine Auffassung klar vertreten. Es wäre vielleicht auch für unsere Farmer interessant, ihn einmal in Canada zu hören und zwar unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen den Reparationen und der Weizenmarktlage.

Bei aufmerksamer Beobachtung gewinnt man hierzulande häufig den Eindruck, als ob man wie die Katze um den heißen Brei herumgehe. Alle möglichen Reformvorschläge werden den Farmern als Beruhigungspillen oder Schönheitspflästerchen angepriesen, während man sich um den Kern der Sache scheu und ängstlich herumdrückt. Gerade Canada aber, das als Ausfuhrland auf die Millionenmassen der europäischen Konsumenten angewiesen ist, sollte sich für ein so hochwichtiges und einschneidendes internationales Problem wie die Reparationsfrage eifrig interessieren. Vor allem wäre es Sache einsichtiger und klardenkender Farmer, welche die Weltkrisis am eigenen Leibe fühlen müssen, einmal in die Zusammenhänge zwischen Reparationen und Weizenmarkt hineinzuleuchten.

Nur noch Schranken

In einem deutsch-amerikanischen Blatte lesen wir:

Es hat einmal eine Zeit in Amerika gegeben, in welcher Einwanderer mit offenen Armen aufgenommen wurde. Er wurde gebraucht, um das Land in die Höhe zu bringen. Das hat er getan und niemand kann es bestreiten. Aber diese Zeiten sind lange vorbei. Die Einwanderung ist immer mehr beschnitten worden und wenn es nach den Plänen von Präsident Hoover, Senator Reed von Pennsylvanien, und Arbeitssekretär Davis geht, wird sie bald ganz aufhören. Freilich soll das nur solange dauern, bis die Depression vorüber ist, aber daß wieder einmal Arbeitermangel in den Ver. Staaten herrschen wird, wird wohl kaum mehr eintreten. Dafür werden die Großindustriellen mit ihrer Rationalisierung und ihren Vertrustungen schon sorgen; es sieht viel eher danach aus, als ob der Arbeitsmangel in Permanenz erklärt werden würde.

Auch Canada hat die „vorläufige" Ausschließung der Einwanderer zu einem Gesetz gemacht, obgleich es in dem ungeheuren Lande, welches die Ver. Staaten an Größe weit übertrifft, noch gewaltige Strecken gibt, in denen Millionen von Menschen Platz finden könnten. Nur haben es die Canadier schwerer, sich die Einwanderung fernzuhalten, denn gerade jetzt gehen viele amerikanische Arbeiter über die Grenze und suchen sich dort weiterzubringen. Und da die Monroe-Doktrin und der Zay-Vertrag über die Freizügigkeit auf dem amerikanischen Kontinent gewisse Regeln festlegen, so ist die Sache nicht so einfach. Freilich haben die Ver. Staaten schon eine Verfügung getroffen, welche nur eine gewisse Zahl von Canadiern ins Land läßt. Aber da Senator Reed etc. eine völlige Aufhebung der Einwanderung befürwortet, so sehen sich die canadischen Beamten auch einmal die Sache genauer an. Und sie entdecken, daß große Mengen arbeitsloser Amerikaner über die Grenze fluten und entweder der geborenen Canadiern die Arbeit wegnehmen oder der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen. Weshalb jetzt die canadischen Einwanderungsbehörden angewiesen worden sind, auch auf die zureisenden Amerikaner scharf zu achten.

Natürlich dürfen die Amerikaner nach Canada hinein, aber die Canadier haben etwas von ihnen gelernt. Sie bringen jetzt ebenfalls ihren Paragraphen zur Anwendung, welcher sich gegen Leute wendet, die der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen könnten. Folglich müssen die Zuwanderer genügende Geldmittel vorzeigen, mit denen sie und ihre Angehörigen eine bestimmte und nicht zu kurze Zeit in Canada leben können. Soviel Geld haben die meisten natürlich nicht. Auch das Kontraktarbeitergesetz, welches dem unseren ähnlich ist, wird in voller Schärfe angewendet.

Die Schranken für den Einwanderer werden also immer höher und fester. Wenigstens in Nordamerika. Ob er nun von Europa kommt oder sich nur auf dem Continent selbst verändern will, bleibt sich gleich. Nur noch nach Südamerika kann er einwandern und dort kann er vielfach nicht mit den Eingeborenen konkurrieren. Außerdem gefällt sehr vielen Europäern, besonders denen aus den nördlichen Ländern, das Klima nicht. Andere Länder haben sich auch abgeschlossen, wie Südafrika und Australien, in anderen wieder kann keine große Einwanderung in Frage kommen, denn der europäische Arbeiter kann mit einem afrikanischen Neger, einem Chinesen oder Hindu nicht in Wettbewerb treten.

Es wird also, wenn sich die Lage nicht ändert, bald keine Auswanderer mehr geben, sondern nur noch Reisende. D. h. Leute, die genügend Geld besitzen, um sich ein anderes Land ansehen zu können, ohne arbeiten zu müssen. Die anderen müssen in ihren Vaterländern bleiben, ob sie dort Arbeit finden können oder nicht. Was daraus werden soll, wissen die Götter, aber wenn es so weiter geht, werden sich auch die Auswirkungen in Ländern fühlbar machen, die sich jetzt hermetisch gegen alle anderen abschließen möchten.

Das rote „Paradies"

Ein Blick in die kommunistischen Blätter genügt, um sich eine Vorstellung davon zu machen, wie herrlich es in Sowjetrußland sein muß. Auf jeder Seite dieser Zeitungen sind die begeisterten Berichte über dieses Land, wo nur Milch und Honig fließt, wo die Menschen wie im Paradiese leben, wo sie fast gar nicht mehr zu arbeiten brauchen, abgedruckt. Es muß wohl noch immer Dumme genug geben, die diesen herrlichen Schilderungen Glauben schenken, die voll Sehnsucht solche Verhältnisse auch für andere Länder herbeiwünschen. Es scheint aber damit doch nicht alles so zu stimmen, wie man es den gläubigen urteilslosen Parteigenossen vorerzählt. Jedenfalls scheinen die sogenannten Arbeiterdelegationen, die nach Moskau fahren und nachher so herrliche Dinge erzählen, selbst nicht der Hoffnung zu sein, in ein Paradies zu kommen. Vor einiger Zeit wurde einmal amtlicherseits das Gepäck einer solchen nach Moskau reisenden „Arbeiterdelegation" durchsucht und dabei Dinge gefunden, die man gemeiniglich nicht gerade in ein Paradies mitzunehmen pflegt. Neben Schalmeien, Pauken und Trommeln, sowie fabrikneuen Radiolautsprechern bekam man dabei zu sehen: seidene Strümpfe, Damenwäsche, Baskenmützen, Lederwesten, Lackschuhe, auch für Damen, Schlafanzüge, wollene Decken und Grammophonplatten. Daneben riesige Mengen von Lebensmitteln, wie Halberstädter Würstchen, Suppenwürfel, Dauerwürste, Schinken, Büchsenmilch und viele Dinge, die den Magen zu erfreuen pflegen, die man eigentlich in einem Paradies als Selbstverständlichkeiten voraussetzen sollte. Aber die Herren Delegierten wissen ganz genau, daß es mit diesem Paradies nicht viel auf sich hat, da ist man vorsichtig genug für Selbstbeköstigung zu sorgen. Denn schließlich sind Halberstädter Würstchen noch eine bessere Verpflegung als irgend ein grunzeliges russisches Hungergericht. Deutlicher konnte man wirklich nicht den Nachweis führen, wie sehr die paradiesischen Bilder aus Sowjetrußland Phantasiegemälde sind, für die es gläubige Dumme nur außerhalb des Moskauer Machtbereiches gibt.

Das rote „Paradies" erhält noch eine weitere grelle Beleuchtung durch die Meldung, daß die kommunistische Parteizentrale in Moskau sich hilfeflehend an ihre „Genossen" in anderen europäischen Ländern gewendet hat. Man bittet und beschwört sie, die selbst eine schwere Notzeit durchzumachen haben, doch warme Kleider und Schuhe für ihre Parteigenossen in Rußland zu sammeln. Tatsächlich haben kommunistische Funktionäre in den Fabriken einiger europäischen Städte mit einer solchen Kleidersammlung begonnen, die im „Sowjetparadies" so dringend benötigt wird.

Die Bedrohung Danzigs

Mit der Eröffnung der neuen Bahnlinie von Ostoberschlesien nach dem polnischen Hafen Gdingen, die das Danziger Gebiet umgeht, ist eine weitere schwere Schädigung der Danziger Interessen verknüpft. Die steigende Erwerbslosenziffer Danzigs spricht eine beredte Sprache. Nachdem schon Gdingen durch eine einseitige, den zwischen Danzig und Polen geschlossenen Verträgen zuwiderlaufende Wirtschafts- und Zollpolitik den wertvollen Stückgutverkehr fast ganz vom Danziger Hafen abziehen konnte, soll durch die neue Bahnlinie auch der Kohlenexport über Danzig, der die Errichtung überaus kostspieliger Umschlagseinrichtungen erforderlich gemacht hat, beeinträchtigt werden.

Der Danziger Beschwerdeschritt bei den Genfer Instanzen über die zunehmende Konkurrenz Gdingens hat mit der Eröffnung der neuen Bahnlinie Gdingen-Oberschlesien eine neue Grundlage gefunden. Die Genfer Instanzen werden, wollen sie wirklich die Garanten der Freien Stadt sein, nicht an der Tatsache vorübergehen können, daß Danzig durch die polnische Wirtschafts-, Zoll- und Tarifpolitik allmählich all der wirtschaftlichen Vorteile beraubt worden ist, die ihm aus der durch den Vertrag von Versailles wider seinen Willen geschaffenen politischen Lage versprochen worden sind. Uebrig geblieben sind nur die durch die wirtschaftliche Verkoppelung mit Polen entstandenen politischen und wirtschaftlichen Lasten. Mit der neuen Bahnlinie ist wieder eine der Voraussetzungen zerstört worden, die seinerzeit bei den Versailler Beratungen über die Gestaltung des Danziger Schicksals von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sind.

Heute nach 10 Jahren wird niemand bestreiten können, daß die Verhältnisse, die zu dem Versailler Beschluß geführt haben, sich bis auf den Grund geändert haben. Da Polen den freien Zugang zum Meer auf Kosten des Danziger Hafens sich selbst geschaffen hat, erhebt sich angesichts des Danziger Beschwerdeschrittes bei den Genfer Instanzen die große Frage: Darf der Friedensvertrag auf Kosten eines unter dem Schutze des Völkerbundes stehenden schwächeren Partners durchlöchert werden, ohne daß dem Benachteiligten Sicherungen geboten werden?

Weltumschau

Zwei weitere Brüning-Siege. Reichskanzler Brüning trug im Reichstag wieder zwei wichtige Siege davon, als es ihm gelang, die Debatte über schwierige internationale Fragen zu verhindern und Drohungen gegen Außenminister Julius Curtius zum Schweigen zu bringen. Das Ministerium scheint jetzt wenigstens bis nach Weihnachten gesichert zu sein. Mit Stimmenmehrheit billigte der Reichstag die Anträge des Reichskanzlers und schloß sich seiner Ansicht an, daß den Interessen des Volkes nicht mit einer Diskussion der polnischen Frage, des Versailler Vertrages, des Young-Planes oder anderer Fragen gedient sein würde.

In energischer Weise unterdrückte der Kanzler Versuche, den Außenminister Curtius aus dem Sattel zu heben. Er erklärte glatt, daß er, falls solche Versuche erfolgreich sein würden, den Außenministerposten selbst einnehmen werde. Diese Warnung hatte Erfolg, und ein Mißtrauensvotum gegen Curtius kam nicht zur Abstimmung. Niemand von der Opposition zeigte Verlangen, Brüning als Alleinherrscher zu sehen. Gegenwärtig sind die Aemter des Wirtschaftsministers und des Justizministers unbesetzt, deren Posten beide provisorisch von Unterstaatssekretären versehen werden.

Bei der endgültigen Beseitigung der Curtius drohenden Gefahr und in Erwartung der Vertagung kann Reichskanzler Brüning den von ihm eingeschlagenen Kurs, ungehindert durch Parteimanöver, wenigstens bis zum Februar verfolgen. Inzwischen kann Außenminister Curtius, ohne gestört zu werden, eine Eingabe betreffend die deutschen Minderheiten in Polen für die Beratung durch den Völkerbundsrat in der Januarsitzung vorbereiten, und der Arbeitsminister Stegerwald hat Zeit, sich damit zu beschäftigen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenzurufen, um über die Verminderung der Arbeitslosigkeit zu beratschlagen.

Hitler und sein Zukunftsstaat. Vor einer Volksmasse von wohl 25,000 Köpfen appellierte Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialisten, in Stuttgart an das deutsche Volk, der Demokratie den Rücken zu kehren und dem Mut für Heraufführung des Dritten Reiches zu lauschen. „Was die großen Volksmassen durch ganz Deutschland in diese Bewegung treibt," rief er aus, „ist das Gefühl, daß die Nation in ihrer Geschichte wieder einmal am Scheideweg steht." Es seien nicht die Nationalsozialisten, welche für den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes und dessen Folgen verantwortlich zu halten seien. „Wenn der Geist der Herausforderung und des Widerstands der Nationalsozialisten Gemeingut des Volkes wäre, würde Deutschland heute frei sein. Frankreich würde uns gegenüber einen vollständig anderen Ton anschlagen. Nur ein grausamer Mißgriff des Schicksals kann uns unseres Sieges berauben. Aber Deutschlands große Zukunft kann sich durch die Demokratie nicht verwirklichen, ist diese doch das System der Stupidität, der Feigheit, Schwäche und Halbheit."

Wohl zehntausend Hörer hatten sich im großen Stadthaus zusammengefunden und weitere achtbis zehntausend hatten in einem Zelt Unterkunft gefunden, wo ihnen die Worte des Nationalsozialisten durch Lautsprecher zugänglich gemacht wurden. Dazu drängten sich weitere Tausende auf dem freien Platz vor dem Stadthaus, wo ebenfalls an verschiedenen Stellen Lautsprecher angebracht waren.

Die Ansprache folgte Demonstrationen und Gegendemonstrationen, die aber alle ohne Ruhestörungen verliefen. Diese Demonstrationen werden von einer konservativen Presse-Agentur als „die größten in Stuttgart seit der Revolution" charakterisiert.

Untersuchung des belgischen Nebels. Professoren der Universitäten Lüttich und Brüssel beschäftigen sich gegenwärtig mit den angeblichen giftigen Luftbestandteilen, durch die im Maastal während eines schweren Nebels 67 Personen getötet wurden. Die Wissenschaftler stimmten in der Theorie überein, daß der Nebel allein nicht für die Todesfälle verantwortlich ist, und gaben dann an, daß Maßregeln getroffen wurden, die „giftigen Bestandteile" zu bekämpfen, ließen sich jedoch nicht darüber aus, welcher Art die Bestandteile sind.

Die Bewohner niedrig gelegener Strecken bereiteten sich in der Zwischenzeit darauf vor, im Falle eines erneuten Auftretens des Nebels ihre Wohnungen sofort zu verlassen und sich nach höherem Gelände zu begeben. Von vielen Personen, die in der Nähe von Zinkwerken wohnen, wurde über brennende Kehlen geklagt, und zwar auch noch, nachdem der Nebel schon zum größten Teil verschwunden war. Ihrer Angabe nach schien der Nebel in der Nähe der Fabriken am dichsten zu sein. Die Todesopfer waren meistens, aber nicht immer, Personen, die an Lungen- oder Atmungsleiden litten. Zum mindestens ein Fall ist bekannt, wo ein junges Mädchen im Alter von zwanzig Jahren, das anscheinend vollständig gesund war, nach einem Aufenthalt von 15 Minuten in dem Nebel krank wurde und am nächsten Morgen verstarb. Sogar Kinder wurden krank, anscheinend jedoch ohne der Krankheit zum Opfer zu fallen. Dagegen waren große Verluste unter dem Vieh zu verzeichnen.

Für Diktatur in Großbritannien. Durch Sir Oswald Mosley, den aristokratischen Arbeiterabgeordneten des englischen Unterhauses, der für eine Verjüngung der „veralteten" politischen Maschine Großbritanniens eintritt, wurde soeben angedeutet, daß die Bildung einer neuen politischen Partei in England nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liege. Mosley, dessen Gattin Cynthia ebenfalls als Vertreterin der Arbeiterpartei dem Parlament angehört, trat vor einiger Zeit von seinem Amt als Kanzler des Herzogtums Lancaster zurück und zwar zum Zeichen des Protests gegen die Zurückweisung seiner Pläne, die auf eine Beschleunigung der Arbeitslosenhilfe hinzielten. Sein Protest richtete sich gegen das Kabinett MacDonald.

In der vergangenen Woche erließ er gemeinsam mit 18 anderen Mitgliedern des Unterhauses eine Erklärung, in welcher er und seine Genossen, sämtliche Mitglieder der Arbeiterpartei, die Errichtung des gegenwärtigen Regierungssystems durch ein Kabinett von fünf Mann mit fast diktatorischen Vollmachten forderten. Außerdem wurde darin die Reorganisierung des britischen Wirtschaftslebens auf einer dem russischen Fünfjahrplan ähnlichen Grundlage empfohlen. Im Unterhaus wird Mosley, der erst im Alter von 34 Jahren steht, von verschiedenen Gesichtswinkeln aus betrachtet. Ein Teil der Abgeordneten betrachten ihn als einen politischen Opportunisten, während ein anderer Teil in ihm einen Mann sieht, der in der Lage ist, schwierige Probleme zu analysieren und einen aufrichtigen Charakter besitzt. Sicher ist, daß er dem Kabinett MacDonald fast ebenso viele Schwierigkeiten verursacht, wie die Gegenparteien.

Lloyd George über die Lage Englands. Die britische politische Atmosphäre wurde durch David Lloyd George geklärt, der gewisse Bedingungen erläuterte, deren Erfüllung eventuell allgemeine Wahlen für zwei weitere Jahre hinausschieben würde. In einer Ansprache im National Liberal Club kritisierte er die Arbeiter-Regierung und die konservative Opposition Stanley Baldwins scharf und verletzte den Vereinigten Staaten einige Stiche.

Er betonte, daß seine Handvoll liberaler Anhänger im Unterhause, die die Arbeiter-Regierung bei einer Abstimmung an irgend einem Tag aus dem Sattel heben kann, dies schon lange getan haben würde, wäre es nicht, daß die Konservativen auf Schutzzoll verpflichtet sind. „Die Tories möchten frei im nationalen Brotschrank hausen," sagte er, „unsere Sache ist es, die Zollmäuse vom Brot des Volkes fortzuhalten."

Er griff auch die Regulierung der amerikanischen Schuld durch die frühere Regierung Baldwins an, indem er sagte, daß die „schlechte Wirkung" dieser Vereinbarung sich noch immer ausbreite. „Wir sind schnell von den amerikanischen Finanzleuten eingefangen worden," versicherte er. „Wir fangen jetzt erst an zu merken, was dies schreckliche Schuldenabkommen bedeutet. Die Regelung auf Goldwährung war vorschnell und schlecht überlegt. Wir sind von den wilden Pferden der Wallstreet über unseren Kurs hinausgerissen worden."

Er bezeichnete die Arbeiter-Regierung als „anerkannten Versager". Während Arbeitslosigkeitszeiten würde eine tüchtige Regierung Angelegenheiten in Ordnung bringen, die in Zeiten des Wohlstandes nicht gebessert werden könnten, sagte er.

„Britannien sitzt zwischen dem Teufel und der tiefen See," fuhr er dann fort, „wir haben nur die praktische Wahl zwischen der Arbeiterpartei, die sich zur Lehre des Sozialismus bekennt, und zwischen der konservativen Partei, die uns unvorsichtig in den Wirbel einer Verwaltungs-Revolution stürzen möchte."

Das Indienproblem und seine Lösung. Von den Delegierten der indischen Rundtischkonferenz in London werden gegenwärtig Pläne für eine verantwortliche Regierung Indiens ausgearbeitet. Die Delegaten, die sämtliche Klassen und Kasten Indiens vertreten, befaßten sich hauptsächlich mit der Frage der Bundesform und der Verfassung, sowie mit den Rechten der Minderheiten.

Durch ein Unterkomitee wurde bereits das parlamentarische System des Westens im Prinzip angenommen. Das Komitee einigte sich auf die Schaffung des Postens eines Ministerpräsidenten, dessen Pflichten und Rechte dem eines europäischen Premiers gleichkommen, während das Parlament nach dem Vorbild des amerikanischen Kongresses mit zwei Häusern gegründet werden soll.

Während die Engländer, die während des letzten Jahrhunderts die Kontrolle über Indien und die Ausbeutung des Landes ausübten, nicht direkt von der Teilnahme an der Bundesregierung oder der Provinzverwaltungen ausgeschlossen werden, sind die Aussichten auf eine derartige Beteiligung nur gering, wenigstens wenn es nach dem Willen der versammelten Delegaten geht. Die Pläne sehen nämlich eine Volkswahl vor, und in diesem Falle würde natürlich ein britischer Untertan nur selten die zur Wahl notwendigen Stimmen auf sich vereinigen können.

Die einzige definitive Entschließung, zu der sämtliche Teilnehmer an der Konferenz ihre Zustimmung gaben, beschäftigt sich mit der Abtrennung Burmas in Hinterindien, das sowieso in Wirklichkeit nie zu Indien gehörte. Aber das Minderheitenproblem ist eine der Fragen, die die größten Schwierigkeiten mit sich bringen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Indern, die dem Kastensystem huldigen, und den Mohammedanern, deren Religion aus Arabien stammt, stehen in dieser Hinsicht wahrscheinlich an erster Stelle. Bis jetzt stimmen sie nur in dem Verlangen nach einem Bundessystem und nach dem Recht zur Selbstverwaltung überein. Im übrigen scheint jede Gruppe zu befürchten, daß die andere zu große Vorteile für sich erlangen könnte.

Der Abrüstungsschwindel. Die Vorbesprechung der Abrüstung wurde in Genf vertagt und ließ den sogenannten Entwurf einer Abrüstungskonvention zurück, über den die Weltgeschichte ihr Urteil sprechen wird. Der Konventionsentwurf soll den Verhandlungen der Weltabrüstungskonferenz der Mächte zugrunde gelegt werden, die „vermutlich" vom Völkerbundrat für Anfang des Jahres 1932 einberufen werden wird.

In der Schlußsitzung wurden Abschiedsreden gehalten, die großentteils auf Entschuldigungen dafür hinausliefen, daß der Konventionsentwurf ein so unbefriedigendes Machwerk geworden ist, aber die dafür verantwortliche Mearbeit der Delegaten tröstete sich mit dem Gedanken, daß die Regierungen durch den Entwurf wenigstens nicht an der Abrüstung verhindert werden würden, falls sie wirklich den ernstlichen Wunsch dazu hegen sollten.

Im Namen Deutschlands, das im Laufe der Vorbesprechung ebenso energisch für drastische wirkliche Abrüstung der Länder eingetreten ist, wie Rußland es getan hat, erklärte Graf Bernstorff, er sei damit zufrieden, daß Deutschlands heftige Proteste und energische Vorbehalte dem Bericht an den Völkerbund beigegeben werden würden; denn er hoffe, daß sie von der großen Abrüstungskonferenz mit mehr Sympathie angehört werden würden, als ihnen in der Vorbesprechung entgegengebracht worden sei. Er appellierte in seiner Rede an die Bevölkerung der Welt, das gewaltige Menschheitsproblem der Abrüstung zu lösen, und malte warnend die Kriegsschrecken aus, welche der Welt harren würden, falls das nicht geschehen sollte.

Der Brite Lord Cecil machte in seiner Rede kein Hehl daraus, daß der Konventionsentwurf recht schmählich ausgefallen sei, behauptet aber, man habe alles getan, was unter den bestehenden politischen Verhältnissen hätte getan werden können. Er stellte sich selbst die Frage, ob auf dem Gerippe eines solchen Konventionsentwurfs wirkliche Abrüstung aufgebaut werden könne, und bejahte sie. Sodann äußerte er sein Bedauern darüber, daß viele Länder die allgemeine Wehrpflicht beibehalten werden, behauptete aber, ihre Abschaffung hätte gegenwärtig noch gar nicht in Frage kommen können.

Europäische Kriegsgefahr wird übertrieben

Dr. Karl von Lewinski, der bisherige deutsche Generalkonsul in New York, der seinen dortigen Posten verläßt, erklärte auf einem Abschiedsbankett der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York u. a. folgendes:

„Keine europäische Nation, von Frankreich abgesehen, ist heute für einen neuen Waffengang gerüstet. Nichts scheint mir unsinniger, als die Annahme, daß man in Deutschland im Ernst einen Feldzug gegen einen früheren Gegner plant. Wir alle wissen, daß Deutschland durch den Weltkrieg wirtschaftlich nahezu vernichtet wurde und heute unter den Folgen des Krieges völlig verarmt und waffenlos dasteht. Ich erinnere nur an die kürzliche formelle Erklärung des deutschen Wehrministers Gröner: „Deutschland besitzt keine Waffen mehr und ist nicht in der Lage, für einen Krieg zu rüsten."

„In diesem Sinne halte ich auch jede Befürchtung, daß die Anhänger Hitler's oder linksradikaler Parteien einen neuen Konflikt heraufbeschwören könnten, für unbegründet. Der „gesunde Menschenverstand", den ich nirgends stärker ausgeprägt gefunden habe als in Amerika und der im Leben der Völker ebenso bedeutungsvoll sich auswirkt als im persönlichen Leben des Einzelnen, scheint mir das zuverlässigste Heilmittel nicht nur zur Beseitigung der gegenwärtigen Weltkrisis, sondern auch zur Vermeidung künftiger Kriege zwischen den Nationen."

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"